

Europa muss sich wieder lohnen!

Neben verschiedenen ökonomischen und politischen Maßnahmen müssen die Menschen in der Europäischen Union (EU) vor allem mehr ökonomische und soziale Sicherheit erfahren, um grenzüberschreitend solidarisch zu sein und wieder Vertrauen in die Institutionen und politischen Akteur*innen in der EU zu gewinnen, so der Soziologe Claus Offe im Interview mit der TUP.

Wie sind die Voraussetzungen für Solidarität in der Europäischen Union?

Ich war kürzlich in Danzig bei dem eindrucksvollen „Europäischen Zentrum für Solidarität“ zu Besuch, das den mutigen Streik der Arbeiter der damaligen Lenin-Werft im Sommer 1980 glänzend dokumentiert und damit an ein Ereignis erinnert, das als Anfang vom Ende des europäischen Staatssozialismus gelten kann. Man kann dort viel über die sozialen Entstehungsbedingungen von solidarischem Handeln lernen: Die Arbeiter waren alle in der gleichen Situation und hatten einen klar erkennbaren Gegner, mithin auch gemeinsame Ziele einer Befreiung von der Herrschaft dieses Gegners. Man war schon lange zusammen, man kannte sich und erwartete eine gemeinsame Zukunft. Es bestand Sichtkontakt: Jeder auf der Werft Anwesende konnte praktisch jeden anderen wahrnehmen und sehen, was er oder sie tat oder eben nicht tat. Daraus ergab sich eine informelle soziale Kontrolle, aus der sich die verpflichtende Kraft der Streikaktionen und damit ihr Erfolg erklärt – die Fähigkeit der Werftarbeiter, den Sanktionen der Staatsgewalt zu widerstehen. Das waren sämtlich ideale Entstehungsbedingungen für solidarische Einstellungen und Handlungsweisen. Die Streikenden haben große Risiken auf sich genommen und sind dafür von der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und Bedarfsgegenständen versorgt worden. So zogen die Aktionen immer weitere Kreise. Trotz des Kriegsrechts, das die Regierung verhängt hatte, gehörte der Gewerkschafts- und Bürgerbewegung Solidarnosc Ende der Achtzigerjahre ein Drittel der erwachsenen Bevölkerung Polens an. Ein großer Moment der Solidarität in Europa.

Ich sage das, weil man im Kontrast sehr schön sehen kann, dass ähnliche Bedingungen für Solidarität in der EU völlig fehlen. Die Menschen sind nicht in „Sichtkontakt“, sondern räumlich und kommunikativ weit voneinander entfernt und durch Staatsgrenzen getrennt. Es gibt keinen mächtigen Gegenspieler, gegen den man sich als eine Schicksalsgemeinschaft mit der entsprechenden Verpflichtungsfähigkeit und Opferbereitschaft zusammenschließen könnte. Und wir kommen aus ganz verschiedenen historischen Verganngenheiten europäischer Nationalstaaten.

Das bedeutet was?

Die Erwartung, dass wir als Gesamtheit von EU-Bürgern eine geteilte zukünftige Geschichte haben werden oder anstreben sollten, ist heute durchaus umstritten und alles andere als selbstverständlich – nicht nur wegen der aktuellen antieuropäischen Mobilisierungserfolge rechtspopulistischer Bewegungen. Auch die sich rapide vertiefenden wirtschaftlichen und politischen Gräben in Europa, die den Norden vom Süden, den Osten vom Westen und die im wirtschaftlichen Wettbewerb stehenden Grenznachbarn voneinander trennen, erschweren jede Bemühung, grenzüberschreitende Solidarität aufzubringen.

Lässt sich zugespitzt sagen, dass die Bürgerinnen und Bürger in Europa sich untereinander gar nicht füreinander interessieren und somit auch gar nicht wüssten, warum sie im Dienste an gemeinsamen Zielen solidarisch handeln sollten?

Ja, das lässt sich wohl sagen! Die politischen Eliten in Deutschland machen den Menschen dabei unter Verweis auf deutsche Wettbewerbsfähigkeit und Exportüberschüsse noch ein gutes Gewissen. Sie übersehen dabei, dass der Wettbewerb auf einem gleichsam gekippten Spielfeld stattfindet, auf dem es geborene Verlierer gibt, die immer nur bergauf kicken müssen. Von einer Angleichung der Startchancen zwischen Nationen und Regionen, von „Konvergenz“ kann keine Rede sein. Zudem dürfen wir in Deutschland nicht vergessen, was unsere EU-Partner nicht vergessen werden – nämlich dass die Mehrzahl der Mitgliedstaaten der Europäischen Union Staaten sind, die in ihrer gut erinnerten Geschichte von Deutschland besetzt gewesen sind. Das ist ein Punkt, der in Griechenland ganz präsent ist, aber auch in Italien.

Hinzu kommt: Europa hat 24 Sprachen. Es gibt niemanden, der die alle versteht, und es gibt in Brüssel keine einzige Person, die etwa direkt vom Estnischen ins Griechische übersetzen kann. Dann läuft die Kommunikation über die Drehscheibe der englischen Sprache. Doch verhandlungsfähige Kenntnisse des Englischen sind eine Qualifikation von Minderheiten. Europa ist schon aus linguistischen Gründen ein Elitenprojekt. Das führt zu nationalsprachlich begrenzten Öffentlichkeiten. Wie kann ein „Zusammengehörigkeitsgefühl“ unter Leuten aufkommen, die sich nicht muttersprachlich verständigen können?

Das Niveau der wirtschaftlichen Entwicklung, der Wachstumsraten, der Arbeitslosigkeit, der Staatsverschuldung, aber auch die institutionellen Traditionen sind selbst in der Eurozone außerordentlich verschieden. Die Südländer, die heute als „Defizitländer“ dastehen, sind Länder, die eine starke Arbeiterbewegung kannten, etwa Italien und nach 1975 auch Spanien; die an ein hohes Niveau der lohngetriebenen Inflation gewöhnt waren und deshalb die handelspolitischen Nachteile, die sich daraus ergaben, durch wiederholte Abwertung ihrer eigenen Währung und durch Schuldenfinanzierung der öffentlichen Haushalte bewältigen konnten. Das sind in der deutschen Vorstellungswelt mit den Tugenden der Lohnzurückhaltung, der ausgeglichenen Haushalte und der Enthaltensamkeit bei staatlichen Interventionen alles Tabus.

Nähern wir uns damit schon den Gründen für die Probleme in der Eurozone?

Ja. Die Konstruktion des Euro ist eine verhängnisvolle Fehlentscheidung gewesen. Man hätte sie mit Gewinn durchführen können, wenn das Spielfeld, auf dem es stattfindet, von vornherein ein ebenes gewesen wäre. So aber sind die Vor- und Nachteile eindeutig verteilt. Die deutschen Exporterfolge sind so vernichtend für die wirtschaftlichen Möglichkeiten und Handelschancen anderer Länder, dass diese ihre Nachteile kaum jemals aufholen können. Fatal daran ist aber noch etwas anderes.

Und zwar?

Fatal ist das in Deutschland von politischen Eliten und unverantwortlichen Teilen der Medien gepflegte Bild, wonach die einen fleißig sind und die anderen faul; die einen tüchtig und produktiv sind und die anderen es vorziehen, frühpensioniert zu werden und kürzer zu arbeiten. Vieles davon ist schlicht unwahr. Die Menschen in Griechenland etwa arbeiten pro Jahr wesentlich mehr Stunden als die Deutschen. Die Misere der griechischen Ökonomie ist – bei allen hausgemachten Problemen – unter anderem darauf zurückzuführen, dass sie, bei relativ hoher inländischer Inflation, mit deswegen sehr billigem Geld von deutschen und französischen Banken vollgestopft worden sind, die ihnen unwiderstehliche Finanzierungsdeals angeboten haben.

Wenn die Erfüllung eines Kreditvertrages daran scheitert, dass der Kreditnehmer nicht zahlen kann, dann gibt es zwei Möglichkeiten, wer dafür verantwortlich ist: Der Kreditgeber oder der Kreditnehmer. Warum sollte es so sein, dass bei einem nicht mit Tilgung und Zinsen bedienten Kredit immer der Kreditnehmer einer unbedachten Risikofreudigkeit bezichtigt wird? Hat nicht der Kreditgeber, z. B. wenn es sich um eine deutsche oder französische Großbank handelt, die von sich selbst wissen, dass sie unter keinerlei Umständen untergehen, sondern mit Gewissheit auf staatliche Rettungsaktionen setzen können, eine zumindest ebenso große Verantwortung für den geplatzten Kredit? Die gleiche Frage ließe sich auch mit Blick auf makroökonomische Ungleichgewichte stellen.

Inwiefern?

Wir sind in Deutschland daran gewöhnt, Export für etwas Positives zu halten, für einen Ausweis nationaler Tüchtigkeit. In der Tat ist die deutsche Beschäftigungssituation von dem gewaltigen deutschen Exportüberschuss (von über 8 Prozent des Bruttosozialprodukts) abhängig. Aber weshalb soll die Tugend auf der Seite des Überschussgewinners sein und der moralische und der politische und ökonomische Makel auf der Seite der Nettoimporteure liegen? Das ist schon aus logischen Gründen kein verallgemeinerungsfähiges Wirtschaftsmodell.

Zumal nie offen gesagt wird, dass letztlich der deutsche Exportüberschuss von 250 Milliarden auf Kosten aller anderen gemacht wird, die sich in Höhe ihres Handelsdefizits verschulden müssen.

So ist es.

Wie erklärt sich dann so ein Verhalten der politisch Handelnden?

Die politischen Eliten in den sogenannten Gewinnerländern haben Angst vor ihrer eigenen Bevölkerung. Und das nicht ohne Grund. Denn wenn man sagen würde: Die Schulden von Griechenland müssen auf Kosten der deutschen, französischen und anderer Steuerzahler abgeschrieben werden, ginge man ein gewaltiges politisches Risiko ein. Deshalb darf man das, was jeder Sachkundige weiß, nicht öffentlich sagen. Letztlich ist Griechenland aber nicht das wirkliche Problem.

Sondern?

Italien. Und da hilft auch kein European Stability Mechanism (ESM) mehr. Die Zahlen sind bestürzend: Ein Drittel der faulen Kredite in Europa lagert in den Tresoren der italienischen Banken. Das sind an die 360 Milliarden Euro. Die italienischen Banken gehen kaputt, wenn sie nicht auf Kosten der Steuerzahler rekapitalisiert werden. Jene Banken, die sowieso kaum etwas verdienen bei dieser Zinslage, die nichts verdienen, weil ihre Kreditkunden in der Realökonomie keine lohnenden Investitionsgelegenheiten sehen. Die Banken sind in einer solch verzweifelten Lage, dass es gesamtwirtschaftlich, aber auch für die Konstruktion der Euro-Ökonomie, die düstersten Voraussagen nahelegt. Das alles ist ein offenes Geheimnis. Ebenso die Tatsache, dass gerade die Verlierer des Euro-Spiels sich den Austritt aus der gemeinsamen Währung am wenigsten leisten können.

Ebenso klar ist: Ein Zusammenbruch des Euro-Systems würde dessen bisherige Gewinner, allen voran die deutsche Volkswirtschaft, am empfindlichsten treffen. Der Zusammenbruch des Euros würde dazu führen, dass die deutsche Exportwirtschaft einen schweren Schlag erlebt, weil der Außenwert der dann neuen deutschen Währung durch die Decke schießen würde und immer weniger Export-Kunden sich leisten könnten, deutsche Produkte zu kaufen. Das wirtschaftliche Interesse der deutschen, der niederländischen, finnischen und luxemburgischen sowie der österreichischen Wirtschaft ist folglich so groß, dass zur Verteidigung der Währungsunion der 19 Nationalstaaten sehr viel Geld aufgebracht werden muss. Nur darf man das wiederum den eigenen Wählern nicht sagen, weil die sonst wegen des Tabubruchs einer „Transferunion“ in Panik geraten würden.

Der Widerspruch ist also dieser: Man muss aus ökonomischen Gründen etwas tun, um die Einheitswährung zu retten. Man kann es aber aus politischen Gründen nicht tun, weil man kein Wählermandat dafür bekommt und antieuropäische Reflexe provoziert.

Lässt man es deswegen über die Europäische Zentralbank (EZB) laufen?

Ja. Die EZB ist die am gründlichsten entpolitisierte Institution. Was Herr Draghi tut oder nicht tut, kann nicht wirksam von irgendeiner Instanz in Europa mandatiert oder kontrolliert werden.

Angeblich sollen über 50 Prozent von dem, was die EZB gegenwärtig macht, gar nicht mit den europäischen Verträgen gedeckt sein.

Weder die Parlamente noch die öffentliche Meinung noch die Medien noch die Regierungen noch das Europäische Parlament noch die Kommission können Draghi irgendwie Einhalt gebieten bei seiner völlig unorthodoxen Politik des billigen Geldes, die bisher freilich keinen Erfolg dabei hatte, Wachstum und Inflation anzuregen. Was die Verträge angeht, so kennt die Not offenbar kein Verbot, solange die eigentlich verbotene Medizin noch Heilung verspricht. Aber der Glaube an deren Wirkung, also an die Wiederkehr von Wachstum und Beschäftigung in den Krisenregionen der EU, ist ziemlich anstrengend geworden.

Was wäre denn, wenn der Euro scheitert? Könnte es nicht auch wieder eine Rückkehr zur Währungsordnung wie vor der Einführung des Euros geben?

Das halte ich für sehr unrealistisch. Das Interesse an der Aufrechterhaltung der Währungsunion ist, wie gesagt, auf allen Seiten viel zu groß. Außerdem sind die technischen Schwierigkeiten, die bei einer (plötzlichen und unangekündigten) Aufspaltung des Währungsblocks in (bis zu) 19 nationale Währungen zu bewältigen wären, kaum zu bewältigen. Diesen Schritt will niemand tun und kann auch niemand tun, selbst wenn er gewollt wäre. Der Euro ist eine Falle, die keinen Rückweg erlaubt.

Die skizzierten Entwicklungen sind nicht vom Himmel gefallen. Was sind die tieferen Ursachen für die gegenwärtige Lage?

Über die letzte Generation haben sich in meinen Augen zwei Bewegungen durchgesetzt. Die machtvollere und bekanntere Bewegung ist die Liberalisierung des Welthandels, die Abwanderung von Arbeitsplätzen, der Import von Gütern, Investitionen und Arbeitskräften, die Entstehung eines unbeherrschten weltumspannenden Finanzmarktes – kurz: Globalisierung in jeder ihrer Dimensionen. Das hat Verlierer und Gewinner erzeugt. Der zweite Großtrend in den letzten gut dreißig Jahren war die sozusagen „kulturpolitische“ Umorientierung der Linken. Zu deren Hauptthemen sind Multikulturalismus, Feminismus, die Rechte von Minderheiten und Umwelt- und Klimafragen geworden, die aus ihrem Zusammenhang mit sozialökonomischen Fragen und Konflikten herausgelöst worden sind.

Wirtschaftliche („Globalisierung“) und kulturelle Liberalisierung, das sind die beiden Schienen, auf denen der Zeitgeist bisher rollte. Und auf beiden Schienen gibt es jetzt eine Blockade. „Re-Nationalisierung“ ist das Stichwort. Die territorialen Grenzen müssen mit Zäunen und Mauern, mit Handelsschranken und rechtlichen Migrationsbarrieren dicht gemacht werden gegen alles, was unserer „Leitkultur“ fremd ist, unsere Arbeitsplätze zu bedrohen scheint und unsere nationale Kontrolle über die eigenen Lebensverhältnisse infrage stellt. Das ist die Botschaft des Trump-Wahlsieges, des Brexit-Referendums und weiterer wohl bevorstehender schlechter Nachrichten. Das ist natürlich aus jeder linken und liberalen politischen Perspektive eine verheerende Wendung. Es ist aber andererseits die Quittung dafür, dass das Projekt einer gerechten und bestandsfähigen Einhegung der wirtschaftlichen

Globalisierung (oder auch nur Europäisierung) heute ebenso auf der Kippe steht wie das linksliberale Projekt einer säkularen Zivilisierung im Weltmaßstab, die auf der Grundlage von anerkannter Pluralität und Menschenrechten die Explosivkräfte religiöser Entzweiung entschärfen könnte. Was diese doppelte Erfahrung des Scheiterns hinterlässt, das ist eine virulent um sich greifende populistische Mobilisierung mit ihren autoritären politischen Äußerungsformen. Das Verlangen nach sozialer Sicherheit, das seitens der überall im Niedergang begriffenen, gleichsam „unbekannt verzogenen“ sozialdemokratischen Politik und Programmatik nicht mehr glaubhaft erfüllt wird, wird jetzt an eine aufwuchernde politische Rechte umadressiert.

Man muss sich dies knapp dreißig Jahre nach dem Fall der Mauer vor Augen führen: Menschen verlassen sich wieder auf die Schutzfunktion physischer Grenzen. Staatsgrenzen waren eine Institution, die wir lange und gut kosmopolitisch unter dem Gesichtspunkt ihrer fortschreitenden Durchlöcherung gesehen haben. Nun gelten – ob in den USA oder an den Außengrenzen der EU wie sogar zwischen ihren Mitgliedstaaten: Schengen ade! – Zäune und Mauern wieder als willkommene Schutzwälle. Der Rückzug hinter territoriale Grenzen und die Befestigung dieser Grenzen, das ist die neue Tendenz – und das ist natürlich Gift für jede Vorstellung von grenzüberschreitenden Solidarverpflichtungen in Europa.

Hinzu kommen die immer wieder angeführten Demokratiedefizite der EU. Der Verfassungsrechtler Dieter Grimm führt in diesem Zusammenhang an, dass es eine Verselbstständigung der exekutiven und judikativen Organe der EU vom Willen der Mitgliedstaaten gibt und dies das eigentliche Demokratieproblem der EU sei. Wie bekämen wir denn mittel- bis langfristig demokratieartige Strukturen in der EU?

Die Beschreibung von Grimm ist zutreffend. Zudem leidet das „Regierungshandeln“ der EU-Institutionen nicht nur an mangelnder demokratischer Kontrolle, also am Fehlen einer politischen Opposition; es leidet ebenso an mangelnder Problemlösungsfähigkeit. Insgesamt ergibt sich leider ein Münchhausen-Problem: Mit den bestehenden Institutionen muss man neue Institutionen schaffen, deren ideale Gestalt man sich zwar leicht ausdenken, sich aber kaum vorstellen kann, wie der Ist-Zustand in einen Soll-Zustand überführt werden könnte. Was es zum Beispiel geben müsste, wäre einen europäischen Finanzminister, der ausgestattet ist mit dem Recht, ein Budget aufzustellen und zu diesem Zweck über Einnahmen, Ausgaben und Anleihen zu entscheiden – mit Genehmigung des Parlaments natürlich. Aber: In der gegenwärtigen Situation erahnt jeder, was ein solcher Finanzminister tun würde. Er würde um des Erhalts der Union willen umverteilen: zwischen sozialen Klassen, Mitgliedstaaten und Generationen. Dabei gäbe es dann Verlierer, die blockieren, und potenzielle Gewinner, die sich nicht durchsetzen können. Deutsche Steuerzahler beispielsweise würden von einem europäischen Finanzminister dazu gebracht werden, etwa in Griechenland Notstandsbekämpfung zu finanzieren. Es ist schwer ersichtlich, wie das zur Realität werden könnte. Wo europäische Lösungen am dringendsten zur Krisenbewältigung erforderlich wären, sind sie politisch am wenigsten aussichtsreich. Insofern ist es ziemlich schwierig, da Optimismus zu verbreiten.

Auf der anderen Seite habe ich den Eindruck, dass die politischen Eliten wie zum Beispiel Wolfgang Schäuble, Angela Merkel oder auch Sigmar Gabriel und ihre Pendanten in den anderen Mitgliedstaaten das Dilemma sehr wohl durchschauen, in dem sie sich befinden. Sie würden wohl sogar zugeben, wenn auch lieber hinter verschlossenen Türen: Die Zukunft der EU hängt davon ab, dass die Gewinner die Verlierer so spürbar und glaubhaft entschädigen, dass sich für diese „Europa wieder lohnt“.

Wer wären denn dann die potenziellen Akteure, um realitätsnahe Änderungen voranzutreiben?

Das ist eben schwer zu beantworten. Aber man kann sich ein Szenario ausmalen, wonach die ökonomischen Konsequenzen der Re-Nationalisierung in Deutschland, England oder Frankreich so gravierend und die Folgen der rechtspopulistischen Mobilisierung zugleich so verhängnisvoll sein werden, dass das Äquivalent eines geburtshelferisch wirksamen Feindes Gestalt annimmt, der die Einsicht hervorbringt: Die drohende nationalistisch-neoautoritäre Deformation der Demokratie und Zerstörung der Union, die wollen wir hier nicht! Ohne verfehlten Optimismus aufkommen zu lassen, würde ich sagen: Die Entschlossenheit von Eliten, dem mit den Mitteln politischer und ökonomischer Gefahrenabwehr und Gegenmobilisierung vorzubeugen, die wäre (auch angesichts des aufziehenden Trumpismus an der atlantischen Gegenküste) nicht ganz unvorstellbar.

Und wie könnte solch ein Szenario aussehen?

Nach meiner Überzeugung würde es auf eine modifizierte föderale Struktur mit repräsentativer Regierung und wirksamer politischer Opposition hinauslaufen. Dazu ist jedoch sehr viel erforderlich: die Europäisierung des Parteiensystems, die Ausstattung des Europäischen Parlaments mit gesetzgeberischem Initiativ- und Budgetrecht. Der Europäische Rat ist sowieso intergouvernemental und damit demokratiefremd. Wenn man da als kleiner Mitgliedstaat etwas einbringt, was den Deutschen und den Franzosen nicht passt, dann holt man sich nichts als eine blutige Nase. Also lässt man es besser. Aber die Probleme sind so drängend, dass man nur darauf hoffen kann, dass sie den Akteuren Beine machen werden. Wohin sie dann laufen werden, hängt nicht nur von ihrer Bereitschaft zur Solidarität ab. Die kluge Einsicht in wohlverstandene eigene Interessen weist schon in die richtige Richtung, also eine europäische.

Interview: Peter Kuleba

Dr. Claus Offe

ist Professor für Politische Soziologie an der Hertie School of Governance. Von 1995 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2005 lehrte er an der Humboldt-Universität zu Berlin Politische Soziologie und Sozialpolitik. 2016 veröffentlichte er mit „Europa in der Falle“ eine viel beachtete Analyse über den Zustand der Europäischen Union.